

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Heimatbeilage  
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage  
„Feierstunden“

Veröffentlichung, Druck und Verlag von W. W. Sailer (Herr Julius Nagold).

Bestellpreis Zeitung im  
Überaus billiger — Ka-  
uzigen Sub haben von  
beim Erfolg.

Die neue Zeitung wird  
nicht durch den  
Anzahl der Abonnenten  
bestimmt, sondern durch  
den Inhalt der Zeitung  
und die Art der Darstellung.

Telegraphen-Adresse:  
Gesellschafter Nagold.  
Postfachnummer:  
Stuttgart 5118.

Bestellen an jeden  
Tag, Bestellungen nehmen  
ständige Wohnstätten  
und Postämtern entgegen.

Bezugspreis  
im März 1.00  
einzel. Tagesblatt,  
Quart. Nr. 10 Goldstücke,  
Groszpreis f. Anzeigen:  
Die einseitige Seite auf  
gewöhnlicher Schrift oder  
breiten Raum 12 Gold-  
stücke, Restanten 35  
Goldstücke, Familien-  
anz. 10 Goldstücke, Bei-  
sonderl. Bezeichnung und  
Anzeigen in der Nacht  
höher.

Nr. 69

Begründet 1836.

Freitag den 21. März 1924

Fernsprecher Nr. 20.

98. Jahrgang

### Tagesspiegel

Nach einer Pariser Meldung soll über die Gründung der Goldkreditbank in Paris wieder Bedenken erhoben worden sein. Dr. Schacht wird nicht vor Sonntag aus Paris zurückkehren.

Der Schiedspruch im Streit der Hamburger Hafenarbeiter wurde von Arbeitgebern und Arbeitern abgelehnt.

Der bayerische Volksentscheid über die Änderung der Verfassung (Staatspräsident usw.) findet am 6. April statt.

Der französische Senat hat die Parlamentswahlen auf 11. Mai anberaumt.

In St. Etienne (Frankreich) streiken 12.000 Metallarbeiter.

Der Arbeiterkongress in Wien wird einen Ausschuss einsetzen, um die Sozialfrage zu beraten und dann durch eine Weltversammlung der Sozialdemokraten durchzuführen zu lassen.

### Wahlorgen

Die Arbeit der Parteien.

Die Parteien haben in einigen Städten bereits ihre sog. Spitzenkandidaturen aufgestellt. Aber die Wahllisten sind noch lange nicht fertig. In politischen Leben Deutschlands bestehen derzeit zwei Hauptprobleme. Das erste ist die Wahlfrage. Die Parteien müssen sich auf die Wahlfrage vorbereiten. Das zweite ist die Wahlfrage. Die Parteien müssen sich auf die Wahlfrage vorbereiten.

Was kostet aber die Spaltung und der vielfältig konterrierende Kampf? Der Wahlausgang unter dem Wahlleiterschlüssel, Bagmann und die Parteileitungen wissen es: Wie der blutige Krieg, so kostet auch das innerpolitische Ringen Geld, Geld und abermals Geld. Das scheint den Wählern, die seit vier Jahren keine Wahl erlebt haben, noch nicht voll zum Bewusstsein zu kommen. Wäre es der Fall, so hätten sie ihre Parteileiter gewiss schon mit Keulen bis an den Rand geführt, statt sich zu verwundern, wie von den Fraktionsbüros öffentlich und vertraulich die Wahlkreise festgelegt, um wenigstens das Nötigste zusammenzubekommen.

Und was heißt das „Nötigste“? Um einen Heberhieb zu machen, muß man den normalen Geldbedarf eines ernsthafte betriebliehen Einzelkampfes ausrechnen. Nehmen wir an, daß die Vorbereitung der Wahlliste, die Reisen zur Auswahl der Kandidaten, die Vorbereitung mehrerer Bewerber, die Konferenz der Vertrauensmänner des Wahlkreises, die notwendigen Briefe, gedruckten Einladungen und Zeitungsanzeigen die Wahlfrage noch nicht belastet haben. Die Kriegsmunition soll erst vom Wahlkampfstag, d. h. vom Augenblick der Bekanntgabe der Wahlliste an, zur Verwendung kommen. Was wird da aber alles nötig! Große Säle in den größten Städten des Wahlkreises müssen gemietet, Zeitungsanzeigen und Plakate mit Versammlungsangeboten veröffentlicht, besondere Ausschreiben an Mitglieder und bekannte Parteigänger gedruckt und versandt werden. Zeitungsverleger müssen noch am Abend Erinnerungszettel ausstreuen. So kostet schon die erste Vorbereitung eines Spitzenkandidaten manche „Stange Gold“, wie man heute wieder sagen darf.

Dann beginnt die Landwerbung. Täglich müssen Kraftwagen und Pferdewerke gemietet, zuverlässige Begleiter zum Mitfahren gewonnen, öffentliche Versammlungsanordnungen erlassen, wiederum private Briefe an bekannte Parteifreunde geschrieben, Saalmieten, Heizungs- und Verleumdungskosten gezahlt werden. Das läuft alles unerwartet schnell und hoch ins Geld. Und die Arbeit wächst ständig. Der Gegner wird immer rühriger. Die eigene Werbearbeit muß verdoppelt werden. Niemand kann mehr nebenamtlich oder ehrenamtlich die rasend zunehmende Tätigkeit bewältigen. Also muß ein Wahlbüro mit mindestens einem angestellten Beamten, mit eigenem Fernsprecher und mit zahllosen Schreibkräften beschafft werden. Das gibt große laufende Ausgaben.

Weitere Notwendigkeiten: Die bekanntesten Parlamentarier, zugkräftige auswärtige Redner müssen herbeigeholt werden, um den Kreislandboten und seine lebenden Freunde zu unterstützen und den Wählern ermunternde Ermahnungen zu bieten. Jede derartige Hilfe erfordert Erfolg der Redaktionen und Bezahlung des besonderen Reiseaufwandes. Dann aber kommen erst die Hauptaufgaben: Die Kampfschriften in den Zeitungen, die Belaggen und Flugblätter. Man kann gerade auf diesen papierernen Kampf nicht verzichten. So schwer es auch in der letzten wirtschaftlichen Lage fallen mag, denn der Kampf muß ja an die allermeisten Wähler und Wählerinnen erst wirklich herangebracht werden. In der Zeitung wollen sich alle unterstützen, und der Kandidat steht in Deutschland — glücklicherweise — noch nicht der partipolitischen Werbearbeit.

Wohl dem Wahlkämpfer, der nicht sorgenvoll ängstlich nachrechnen braucht, ob seine Kasse bis zum Entscheidung-

tag zureicht. Denn im Wahlkampf heißt erfahrungsgemäß nicht nur die Begeisterung, sondern auch der Geldbedarf noch einmal bis zum Siebepunkt. Wenn auch der Wut der Stimmung für die Parteien diesmal weggelassen soll, weil der amtliche Wahlschein im Wahllokal ausliegt, so macht doch die Bezahlung der Schlepper, Kontrollanten, Schleppwagen, Telefon- und Telegrammposten viele Sorgen. Es hat nicht alles Namen, was an solchen Tag bezahlt werden muß. Oh wurden noch am Wahltag Schulden aufgenommen, die später peinlich drückten. Dann, lieber Wähler, denke bei Zeiten an deine Partei und gib ihr, was sie vor allem braucht: Geld!

### General v. Seekt an die Reichswehr

Untern 4. November hat General v. Seekt an die Wehrkreiskommandeure folgenden Befehl herausgegeben:

Der Ruhrkampf und sein Ende haben Deutschland bis ins Knie aufgewühlt. Frankreich und Belgien französisches Eingriff in das Reichsgebiet und die wirtschaftliche Not, die das Volk an den Rand der Verzweiflung bringt, haben uns nicht zusammengeführt, sondern den Kampf der Parteien zur Entscheidung gezwungen. Der kommunistische Umsturz wurde in Hamburg jedoch von der Polizei und der Reichsmarine niedergeworfen, aber die Kommunisten sind entschlossen, ihn zu erneuern. Sobald ihnen die verführerische Not neue Gelegenheiten gibt. In Sachen ist die Reichswehr eingesetzt worden, um die kaiserlichen Bedrohungen der Ruhe und Sicherheit zu beseitigen. Andererseits ist über Nacht der Ruhm derjenigen gemacht, die Deutschlands Rettung nur in einer bedingungslosen gemächlichen Beilegung des kaiserlichen Regierungssystems durch eine nationale Diktatur sehen. Die bayerischen Nationalsozialisten lockern den Marsch auf Berlin.

In diesen Tagen der schwersten Notlage unseres Vaterlands sind die Augen weiter Volkströme auf die Reichswehr gerichtet. Solange ich an meiner Stelle bin, habe ich die Ansicht vertreten, daß nicht von diesen oder jenen Exzessanten, nicht von äußerer Hilfe oder innerer Revolution — komme sie von links oder rechts — das Heil kommt, sondern daß uns nur harter und mühsamer Arbeit die Möglichkeit zum Weiterleben gibt.

Diese können wir nur auf dem Boden von Gerechtigkeit und der Verfassung leisten. Wird dieser verlassen, so tritt der Bürgerkrieg ein, der bei den unsrigen Verhältnissen zwei an Zahl und Machtmitteln gleich starke Parteien gegeneinander führt, der nicht mit dem Sieg der einen Seite, sondern mit ihrer gegenseitigen Zerschlagung endet, wofür uns der Dreißigjährige Krieg ein fürchterliches warnendes Beispiel sein muß.

In der Reichswehr ist es, diesen Bürgerkrieg zu verhindern. Noch lebt auch in weiten Bevölkerungsteilen der Glaube, daß die Reichswehr eine Kraft im Staat ist, die von Kapitalismus, Sozialismus, Bolschewismus und Gewerkschaften gleich unabhängig ist und in solcher heiliger Liebe zum Vaterland nur diesen zu dienen sucht. An uns ist es, dieses Vertrauen nicht zu trüben und den unheilvollen Ausnahmezustand so zu handhaben und auszugestalten, daß nicht nur Ruhe und Ordnung in Deutschland herrschen, sondern daß keine Bewohner in ihrer Ehre verletzt werden, wieder Vertrauen zur Zukunft fassen, und daß keine Jugend in nationaler Begeisterung wieder zur Wehrhaftigkeit drängt.

Hierbei wird uns die Mitarbeit aller von verantwortungsvoller Vaterlandsliebe besessenen Kreise notwendig und sicher sein. Besonders aber haben sich durch die jüngsten Vorgänge in Bayern Zweifel darüber ergeben, ob die innere Festigkeit und Einigkeit des Heeres zur Durchführung dieser hohen Aufgabe genügt. Es ist unser Lebensinteresse, daß wir diesen Zweifel widerlegen, daß wir den Parteikampf, der alle übrigen Kräfte Deutschlands zertrübt, aus dem Heer ausschließen.

Die höchsten Notwendigkeiten zu erkennen und durchzuführen, ist allein Sache der obersten Führung. Die Ehre des Soldaten liegt nicht im Befehlsmissen und Befehlsverweigerung, sondern im Gehorsam. Deshalb warne ich in dieser Stunde alle Angehörigen der Reichswehr vor allem, die Wehrkraft in ihre Reihen zu tragen suchen. Eine Reichswehr, die in sich zerfällt und im Gehorsam bleibt, ist unüberwindlich und bleibt der stärkste Faktor im Staat. Eine Reichswehr, in die der Spaltwille der Politik gedrungen ist, wird in der Stunde der Gefahr zerbrechen. Ich erlaube alle Kommandeure, ihre Untergebenen auf die kaiserliche Gefahr einer solchen politischen Betätigung hinzuwirken und jedem Wehrkraftangehörigen, der sich politisch zu betätigen sucht, sofort aus der Truppe zu entfernen. (gez.) v. Seekt.

### Neue Nachrichten

Neue Steuern!

Berlin, 20. März. Zur Aufstellung des Reichshaushaltsplans in Goldmark bereitet die Reichsregierung neue Steuerparagrafen vor, die dem neuen Reichstag alsbald vorgelegt werden sollen. Von den Aufwendungen für 1924 sind 40 Prozent getarnt worden, da keine Mittel mehr vorhanden sind.

### Neue Parteien

Berlin, 20. März. Gestern sind zwei neue Parteien gegründet worden, eine Deutsche kommunistische Vereinigung in Westfalen (Berlin) und eine Partei der Arbeiter, die sich in Rostock (Distr.) bildet. Die Zahl der Parteien ist damit auf 28 gestiegen. — Ein gestern abend um 18.00 Uhr getandelter der verschiedenen Parteien für die Reichstagswahl bekannt geworden.

### Haftbefehl gegen Klara Zetkin

Leipzig, 20. März. Der Oberreichsanwalt hat gegen die bisherige Reichstagsabgeordnete Klara Zetkin wegen Hochverrats Haftbefehl erlassen. Sie soll sich bereits über der Grenze auf dem Weg nach Rostock befinden.

Der Haftbefehl gegen den Abg. Hoffmann-Kothen ist nicht vollstreckbar, da Hoffmann unter französischem Schutz steht.

### 1,8 Millionen Tonnen Kohlen monatlich

Paris, 20. März. Die Entschädigungskommission hat bestimmt, daß Deutschland für den Monat April ebenso wie in den vorangegangenen Monaten 1.800.000 Tonnen Kohlen zu liefern hat.

### Noch keine Abrechnung über die Ruhrbesetzung

London, 20. März. Im Unterhaus wurde eine Anfrage gestellt, wieviel England von dem bekannnen, was Frankreich und Belgien aus dem Ruhrgebiet ziehen. Mac Donalld antwortete, die französische und belgische Regierung haben über die Ergebnisse der Ruhrbesetzung der Entschädigungskommission noch keine Abrechnung vorgelegt. England habe einen Anspruch auf 22 Prozent der deutschen Leistungen. Die britische Regierung erkenne die Behauptung, daß die Besetzung zu Recht erfolgt sei, und daß die belgischen Stellen berechtigt seien, die Kosten der Besetzung von den Einnahmen abzuziehen, nicht an. Eine endgültige Regelung ist jedoch nur bei Friedigung der ganzen Frage durch die Entschädigungskommission und alle am Friedensvertrag beteiligten Staaten nicht möglich.

### Italienische Ablehnung des Geheimvertrags

Die Veröffentlichung des geheimen Abkommens zwischen Frankreich und der Tschchoslowakei durch das Berl. Tageblatt hat großes Aufsehen erregt und wird von der tschechischen Seite abgelehnt. Auf eine Anfrage im tschechischen Abgeordnetenhaus von deutscher Seite antwortete der Minister des Äußeren Dr. Beneš, er kenne keine Geheimverträge ab. Ein solcher Vertrag würde überdies zweifelslos gewesen sein, da während voller 5 Jahre kein „Ruhverhältnis“ zwischen der Tschchoslowakei und Deutschland bestanden habe. Er könne nur sagen, daß es sich um eine Fälschung handle; hier werde in unverantwortlich leichtsinniger Weise Spät gemacht.

Der tschechische Gesandte in Rom erklärte der italienischen Regierung, die Veröffentlichung des Berliner Blattes sei ein Auszug aus alten Zeitungsartikeln. Schon die Existenz, daß in dem angeblichen Vertrag auch eine Vereinbarung gegen Italien getroffen sei, beweise, daß die „deutsche Erfindung“ sinnlos sei. Dr. Beneš habe ja auch wiederholt erklärt, daß der tschechisch-französische Vertrag nichts enthalte, was die italienischen Interessen berühre.

Die italienische Regierung erwartet, daß die Regierungen in Paris und Prag alsbald zureichende Erklärung geben. In Budapest legt man der Erklärung Benešs wenig Gewicht bei.

Berlin, 20. März. Der Berliner tschechisch-slowakische Gesandte veröffentlicht in der „Vollständigen Zeitung“ einen Artikel zu der vorgelegten Veröffentlichung eines tschechisch-slowakischen Geheimvertrages. Er bezeichnet es als ein Verbrechen des „Berliner Tageblatts“, die Blättermeldung abgedruckt zu haben, die ungeheuer viel Unheil hätte anrichten können. Derartige Gerüchte würden das Verhältnis zwischen der Tschchoslowakei und Deutschland trüben.

### Der bayerische Konfordat

München, 20. März. Die Korrespondenz Hoffmann meldet, daß das zwischen der bayerischen Staatsregierung und dem H. Stuhl vereinbarte Konfordat abgeschlossen ist. Reichsanwalt Karg hat namens der Reichsregierung der das Konfordat nach Art. 78 der Reichsverfassung mitgeteilt werden mußte, in einem Schreiben an das Ministerium des Äußeren mitgeteilt, daß gegen das Konfordat zwischen der bayerischen Staatsregierung und dem H. Stuhl auf Grund der Reichsverfassung Einwendungen nicht erhoben würden.

Paris, 20. März. Die Kammer genehmigte gestern den Reichsverfassungsentwurf, der die Zahl der Abgeordneten auf 584 festsetzt.

ben

1 - 2 kleine Gläser  
Kornstärke zu trinken  
und unverdaut, ist  
sehr gesund. Apothek  
Nagold, 5 B. 2. 517

gen

100





